
Abhängigkeit als Waffe

Wie fossile Energien Europas Sicherheit gefährden – und was dagegen zu tun ist

Europäische Politikerinnen und Politiker versprechen, uns mit Aufrüstung vor aggressiven Autokraten zu schützen. Gleichzeitig aber verschärfen sie durch das Ausbremsen der Energiewende Europas Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten – und machen unsere Gesellschaften damit hochgradig angreifbar. Dabei gibt es längst Wege, das zu ändern.

Von SUSANNE GÖTZE und ANNIKA JOERES

Die geopolitischen Ereignisse, die sich gerade abspielen, sollten jedem von uns den Schlaf rauben. Denn Deutschland und die EU sind in eine Falle getappt, die gerade zuschnappt. Seit Anfang der 2020er-Jahre wird die Welt feindseliger. Verlässliche Handelspartner wie Russland brechen weg und treue Verbündete wie die USA wenden sich ab. Wir aber können uns nicht abwenden: Deutschland und die EU hängen weiterhin an Energiequellen aus Ländern, die uns

nicht mehr wohlgesinnt sind – oder es nie waren. Die Probleme liegen auf der Hand, und doch dreht sich die Debatte über Sicherheit fast ausschließlich um Aufrüstung, kaum um Unabhängigkeit.

Unser unersättlicher Hunger nach Öl und Gas hat schon immer Leben gefährdet, weil ihre Verbrennung den Klimawandel anheizt. In der veränderten geopolitischen Lage stellen sie jedoch noch ein ganz anderes, unmittelbares Sicherheitsrisiko dar: Weil wir sie importieren müssen, sind wir erpressbar, weltpolitisch geschwächt und verletztlich. Fachleute haben für solche Zwänge einen Begriff: »weaponizable dependencies«, Abhängigkeiten, die als Waffe eingesetzt werden können. Die EU deckt über 90 Prozent ihres Gas- und Ölbedarfs durch Importe, nur ein winziger Bruchteil stammt aus eigenen Vorkommen. Ohne Energie aus der ganzen Welt wäre Deutschland ein Agrarland – und kein Exportweltmeister. Die aktuelle schwarz-rote Regierung unter Friedrich Merz und Europas Führung unter Ursula von der Leyen verfolgen eine hochriskante Politik. Energie ist längst eine Waffe im geopolitischen Machtspiel und muss als solche benannt werden.

Sicherheit schaffen nur heimische Energiequellen – Europa hat aber schlicht wenig Öl- und Gasvorkommen, was wir zur Genüge haben, sind Wind und Sonne. Solange die Euro-

SUSANNE GÖTZE,
geb. 1980 in Berlin, ist Historikerin, Buchautorin sowie Redakteurin im Hauptstadtbüro des »Spiegel«.

ANNIKA JOERES,
geb. 1978 in Herten, ist Romanistin und Politikwissenschaftlerin. Sie lebt und arbeitet als Journalistin in Südfrankreich, u.a. für [correctiv.org](https://www.correctiv.org) und die »Zeit«.

Der Beitrag basiert auf dem Buch der Autorinnen »Die Sicherheitslüge. Wie Europa sich mit Waffen schützen will – aber mit Öl und Gas erpressbar macht«, das jüngst bei oekom erschienen ist. Dort finden sich auch die Quellenangabe.

päer sich aber entscheiden, ihre Energie bei einem Old-Boys-Club aus Öl-Autokraten, Trump-Anhängern und rückwärtsgewandten Wirtschaftsvertretern einzukaufen, sind wir diesen ausgeliefert. Einem Club, dem tatsächlich fast nur Männer angehören, weshalb in diesem Beitrag nur selten gegendert wird.

Fossile Importe und politische Widersprüche

Diese Erpressung findet längst statt: Erst drehte Putin den russischen Gashahn ab. Nun setzen weitere Geschäftspartner Europa unter Druck: Mal muss von der Leyen zusagen, für 750 Mrd. Euro Flüssigerdgas (LNG) aus den USA zu kaufen, um US-Präsident Donald Trump bei den Zollverhandlungen zu besänftigen. Mal verlangt Katar, die EU solle ihr Lieferkettengesetz – gedacht, um Arbeiterinnen und Arbeiter zu schützen – massiv abschwächen, andernfalls blieben seine LNG-Lieferungen aus.

Diese Exportländer können Deutschland jederzeit unter Druck setzen. Ein mögliches Szenario: Die USA oder Länder aus dem Nahen Osten drosseln ihre Lieferungen oder erhöhen willkürlich die Preise. Die deutsche Industrie bräche ein, könnte ihre Produkte kaum noch auf dem Weltmarkt verkaufen. Viele Bürgerinnen und Bürger müssten schlagartig mehr bezahlen für ihre Tankfüllung und warme Wohnungen. Da die deutschen Gas- und Ölspeicher nur für wenige Wochen reichen, würde eine Knappheit die gesamte Gesellschaft bedrohen: Es führe kein Auto, kein Feld würde gedüngt, kein Stahl entstehen. Das ist ein ernstes Sicherheitsproblem – unser Alltag funktioniert nur dank dieser Importe. Ohne sie gehen Jobs verloren, drohen Unruhen, Regierungskrisen und geraten Geringverdiener in Not. Um solche Krisen zu vermeiden und mehr Öl und Gas zu beschaffen, schließt Deutschland schon jetzt immer fragwürdigere Geschäfte ab.

Bei Importen aus Russland kommt noch ein weiterer bedrohlicher Faktor hinzu: Wir finanzieren gegen unseren Willen Kriegsparteien. Zwar beschwören unzählige Reden im Bundestag, wie gefährlich Russland ist. Verschwiegen wird dabei jedoch geflissentlich, dass wir immer noch Milliarden Kubikmeter Erdgas von der Halbinsel Jamal in Sibirien nach Europa verschiffen, Tendenz steigend. 2024 zahlten EU-Länder noch rund 22 Mrd. Euro für Energie aus Russland. Dabei geht es nicht nur um Gas, sondern auch um Öl: Seit Beginn des Ukrainekriegs verkaufte Russland laut der Europäischen Investigativredaktion »Follow the Money« fossile Energien im Wert von 900 Mrd. Dollar – teilweise wurden sie von rund 600 Tankern unter falscher Flagge nach Europa transportiert. Deutschland verurteilt Russlands Angriffskrieg – und überweist dennoch enorme Summen an Putin. Der Autokrat überfällt Nachbarstaaten, und die EU schafft es nicht, ihn erfolgreich zu sanktionieren.

Warum europäische Konzerne Russland und anderen Staaten weiterhin kopflos Geld überweisen, ist offensichtlich – doch kaum jemand spricht es aus: Unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen zwingt uns, moralische und strategische Bedenken beiseitezuschieben. In jeder Bundestagsdebatte pochen Abgeordnete auf Prinzipien, betonen etwa unsere Pflicht, der ukrainischen Bevölkerung aus Menschlich-

»Deutschland verurteilt
Russlands Angriffskrieg –
und überweist dennoch
enorme Summen an Putin.«

keit zu helfen. Sie argumentieren, die Waffenlieferungen an die Ukraine schützten auch Deutschland vor künftigen russischen Angriffen. Doch für Gas und Öl opfern wir Moral und strategisches Denken. Wer glaubt, dass sich diese enorme Sicherheitslücke bald automatisch in Luft auflöst, weil die europäische Energiewende nicht mehr aufzuhalten ist, irrt.

Konservative Kräfte und mächtige Lobbyisten in der EU sind gerade dabei, das wichtigste Zukunftsprojekt, den Green Deal, abzuwickeln. Sie wollen etwa den Emissionshandel, der Öl und Gas verteuerte und grüne Energien verbilligte, schwächen und das Verbot für neue Verbrennerautos ab 2035 kippen. Zwar versprachen Greenwashing-Kampagnen der fossilen Industrie, sie würden alle inzwischen brav in Solar- und Windparks investieren, Stadtwerke geben vor, bald mit grünem Wasserstoff zu heizen, aber nichts davon hat nennenswerte Dimensionen erreicht. Noch immer stammen knapp 80 Prozent unserer Primärenergie aus fossilen Energien. Die aktuelle deutsche Regierung bremst den Wandel zusätzlich. Denn erneuerbare Energien setzen sich nicht automatisch durch, sondern benötigen politische Hilfe. Öl und Gas erzielen höhere Renditen: BP, Chevron, Shell oder Total locken ihre Anleger mit üppigen Ausschüttungen und investieren hunderte Milliarden in neue Öl- und Gasfelder. Die viel beschworene *carbon bubble*, die Kohlenstoffblase, platzt einfach nicht. Stattdessen kämpfen nun Windkraftbetreiber mit Einbußen.

Aber die Bedrohung hat eine neue Dimension erreicht. Internationale Bündnisse zerfallen. Trump droht und erpresst auf offener Bühne. Und der US-Präsident ist kein Unfall der Geschichte, der bald wieder verschwindet. Seine politische Linie ist gekommen, um zu bleiben: Seine mächtigsten Unterstützer schmieden bereits Pläne für die Zeit nach dem fast 80-jährigen Präsidenten, mit JD Vance als Nachfolger. Unsere Abhängigkeit von ihrem Öl und Gas könnte uns dann noch teurer zu stehen kommen: Vance und seine Mitstreiter verachten internationale Abkommen, setzen auf niedrige Steuern und ein geschwächtes Europa.

Fachleute warnen vor einem »Siechtum Europas«

Es gibt bereits viele warnende Berichte vor dieser düsteren Zukunft. Einer stammt von Mario Draghi, dem früheren Chef der Europäischen Zentralbank - sicherlich kein radikal linker Denker. In seinem Report über Europas Wettbewerbsfähigkeit steht klipp und klar: Europa läuft Gefahr, zunehmend erpressbar zu werden. Draghi spricht von einer »slow agony« - einem langsamen Siechtum. Laut dem Bericht stammen 50 Prozent unserer Importe aus Ländern, mit denen wir keine strategische Partnerschaft pflegen, die uns also im Zweifel höhere Preise abpressen oder ganz im Stich lassen. »Diese Abhängigkeit kann zur geopolitischen Waffe werden.«

Auch der Bundesnachrichtendienst (BND) warnt. In einem Bericht von 2025 definiert er die fünf größten Risiken für Deutschlands Sicherheit. Drei davon hängen direkt mit unserer Abhängigkeit von fossilen und importierten Ressourcen zusammen: die Klimakrise, weitere russische Invasionen und Chinas weltweite Expansion. In einer gemeinsamen Studie ziehen der BND und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ein klares Fazit: Weniger Abhängigkeit von Öl und Gas würde Deutschlands Sicherheit stärken, weil es waffenfähige Verflechtungen verringert. Ebenso wichtig sei es, Einnahmequellen aggressiver Staaten zu kappen, die ihre Macht aus dem Export fossiler Brennstoffe schöpfen. Momentan kappen wir aller-

dings nicht die Geldflüsse an aggressive Staaten. Wir erhöhen sie. Denn auch die Armeen, die Deutschland und andere europäische Staaten aufrüsten, verschlingen Abermillionen Barrel Öl. Militär braucht Unmengen Öl - und Öl muss militärisch gesichert werden. Für Öl werden Kriege geführt und Armeen mobilisiert. Aber was nutzen uns all die neuen teuren Panzer und Kampfflugzeuge, wenn Pipelines in die Luft gesprengt und Öllieferungen über Nacht gekappt werden können?

Hinzu kommt: Die deutsche und europäische Aufrüstung wird den Klimawandel massiv anheizen. Wer sie vorantreibt, muss die zusätzlichen Treibhausgase anderswo einsparen. Rollen Panzer, müssen weniger Verbrennerautos unterwegs sein. So einfach ist die Rechnung. Einzige Alternative: die Klimaziele der Aufrüstung opfern. Für die fossile Lobby ist die europäische Aufrüstung derzeit eine der größten Profitchancen überhaupt. Sie hat die Politik auf ihrer Seite, und die Bevölkerung sieht über Klimaemissionen hinweg, solange Sicherheitsversprechen locken. Dabei finanzieren wir durch unseren Öl- und Gaskonsum unsere Feinde mit. Jeder Cent, der durch importiertes Flüssiggas wieder in Putins Tasche wandert, vergrößert seine Macht - und erhöht auch die Chancen russischer Aggression gegen die EU.

Europäische Politikerinnen und Politiker versprechen dagegen, uns mit Aufrüstung vor aggressiven Autokraten zu schützen. Warum aber kreisen Debatten über Sicherheit und Frieden nur um Drohnen, Panzer und Kampfflugzeuge? Warum reden wir nicht darüber, wie wir die EU möglichst unabhängig machen, auch ohne eigene Öl- und Gasfelder? Warum sagt niemand, dass wir mit anderen Energiequellen die Preispolitik der Ölstaaten ignorieren könnten? Warum diskutieren wir nicht den weiterhin hohen Energiekonsum, der einen Ausweg aus der Falle immer schwerer macht?

Die unmittelbare Gefahr müsste allen Verantwortlichen längst bewusst sein. Die Ereignisse der vergangenen Jahre sind Warnung genug. Der Russland-Ukraine-Krieg, Donald Trumps Erpressungen, der Nahostkonflikt und ein in die Enge getriebener Ölstaat Iran, immer reichere und selbstbewusstere Golfstaaten, Sabotageakte an Pipelines und Öltankern - der richtige Schluss daraus ist: Wir sollten so viel Energie wie möglich selbst erzeugen, mit überall verfügbarer Solar- und Windkraft. Denn beim strategischen Gut Energie haben wir eine Alternative, die stetig effizienter und günstiger wird. Doch von dieser naheliegenden Lösung sind wir weit entfernt. Politischer Wille und große Summen fließen in neue Gas- und Öl-Deals.

Die Merz-Regierung: Feuer mit Öl löschen

Zu unserem ohnehin hohen Konsum (oft auf Kosten anderer und in Drittstaaten produziert) kommt jetzt die Aufrüstung hinzu. Ob sie Frieden bringt und die enormen Ausgaben rechtfertigt, lässt sich diskutieren. Unstrittig ist jedoch: Aufrüstung frisst noch mehr Öl und Gas, allein schon in der Waffenproduktion. Die Herstellung der Panzer, Eurofighter und Geschosse braucht Unmengen Stahl, der geschmolzen werden muss - bisher gibt es dafür nur Hersteller, die riesige Mengen Kohle und Erdgas verbrennen. Sind die Flugzeuge und Militärfahrzeuge produziert, müssen sie im Anschluss auch betrieben werden. Dafür muss stets Diesel oder Kerosin in rauen Mengen in Reichweite sein. In der Summe werden wir also noch mehr Ressourcen importieren müssen als bislang.

Deshalb sollten wir uns beim Militär - soweit es geht - und in möglichst vielen weiteren Lebensbereichen von fossilen Energien lösen, um unsere Abhängigkeit nicht

weiter zu verschärfen. Doch das Gegenteil geschieht. Diese schwarz-rote Regierung schwächt Klimaschutz – der uns von Importen befreien könnte – und heizt unseren Konsum von Öl und Gas weiter an. Friedrich Merz zeigt mit seinen Äußerungen zur Energiewende, dass er ihren großen Nutzen nicht begreift. Windräder seien hässlich, der Green Deal (das europäische Paket zur Energiewende) sei eine Gefahr für die Wirtschaft, sagte er. Zwar betont er immer wieder, Europa unabhängiger machen zu wollen. In der Woche seines Wahlsiegs erklärte er, ein starkes, von den USA unabhängiges Europa sei seine »absolute Priorität«. Dabei scheint er allerdings nur die militärische Unabhängigkeit zu meinen – ein ohnehin unrealistisches Ziel, da Armeen ohne importiertes Öl nicht einsatzfähig sind. Zu Energieimporten schweigt Merz. Er sagt nicht, ob und wie wir uns davon lösen könnten, obwohl diese uns täglich und viel direkter betreffen als mögliche militärische Einsätze.

Auch Europa und seine oberste Vertreterin, Ursula von der Leyen, handeln hier planlos. Von der Leyen pries den Sommer-Deal mit Trump, der den USA eine Zusage über den Einkauf von 750 Mrd. Euro an Energielieferungen, etwa Flüssiggas, einbrachte. Die USA freuten sich über die enorme Summe – von der Leyen freute sich über die angeblich erreichte Sicherheit für die deutsche Industrie. Doch das entpuppte sich als weiteres Sicherheitsmärchen: Kurz darauf räumte die EU selbst ein, die politische Einigung mit den USA sei »nicht rechtsverbindlich«. Niemand weiß, wie lange der Deal mit Trump hält und ob er die 750 Mrd. immer wieder als Hebel nutzt, um die EU unter Druck zu setzen. Denn die Geschichte von Öl und Gas ist eine Geschichte von Abkommen, die so schnell geschlossen wie gebrochen werden.

»Friedrich Merz zeigt mit seinen Äußerungen zur Energiewende, dass er ihren großen Nutzen nicht begreift.«

Wind und Sonne: Eine Chance auf Unabhängigkeit

»Die Welt kann sich von einem Tag auf den anderen ändern«, sagt der US-Publizist Daniel Yergin. Er zeichnete in seinen Publikationen nach, dass die Jagd nach fossilen Energien das 20. Jahrhundert geprägt und fast alle Kriege befeuert hat. Wer Öl besitzt, ist mächtig, lautet sein Fazit. Nun haben wir erstmals die Chance, uns von dieser Macht unabhängig zu machen. Aber diese Chance wird nicht genutzt. Besonders nicht von Merz und seiner Regierung. Obwohl die Fakten dafür auf dem Tisch liegen, im Kanzleramt und in jedem Ministerium kundige Fachleute arbeiten und Trump und Putin nun genug Unheil angerichtet haben. Dieser strategische Fehler kann nur ideologisch verblendeter Vorsatz sein.

Bereits wenige Monate nach dem Regierungswechsel ist klar: Diese Regierung hält an Öl und Gas fest, egal, was im Koalitionsvertrag steht, egal, was rational geboten wäre. Auch dem Koalitionspartner SPD fehlt bislang eine entschiedene Stimme für erneuerbare Energien und mehr Unabhängigkeit. Das Geld für die Energiewende ist einer der unsichersten Posten – Geld, das uns unabhängig machen könnte. Statt an der Wende arbeitet diese Regierung an einem verhängnisvollen Status quo. Sie dreht inmitten einer der größten politischen Krisen des Westens den Öl- und Gashahn noch einmal voll auf. Sie tut, was Historiker vielen untergegangenen Zivilisationen

bescheinigen: Sie gefährdet unsere Gesellschaft, weil sie Ressourcen falsch nutzt und Alternativen ignoriert. Auch das Weltwirtschaftsforum kommt in seiner globalen Risikoanalyse zu dem Schluss: »Wir leben in einer der polarisiertesten, gespaltensten Zeiten seit dem Kalten Krieg.« Noch nie seien die Prognosen der Fachleute so pessimistisch ausgefallen. Das Fazit: »Staaten müssen eine größere Selbstversorgung in strategischen Sektoren wie Energie entwickeln.« Vieles spricht dafür, dass unsere Regierungen in Berlin und Brüssel die Warnungen ihres eigenen Geheimdienstes und globaler Experten ignorieren. Sie reden unaufhörlich von Sicherheit – und gefährden sie zugleich.

Lokale Energie: Konzerne hassen diesen Trick

In Deutschland gibt es bereits hunderte Gemeinden, die verstanden haben, dass die Unabhängigkeit von Öl und Gas für sie ein lukratives Geschäftsmodell sein kann. Denn wird Energie lokal erzeugt, können die Gewinne auch lokal abgeschöpft werden. Auf Instagram würde es heißen: »Gaskonzerne hassen diesen Trick!« Denn bei Erdgas, Erdöl oder Kohle fließen die Profite direkt zu den Unternehmen. Bei Sonne und Wind können Verbraucher selbst verdienen. Klar, dass Konzerne daran überhaupt kein Interesse haben. Eine hohe Beteiligung und die Möglichkeit, den eigenen Wohnort mitzugestalten, können die Energiewende zu einer »Demokratiewende« machen, wie es in einer deutschlandweiten Studie heißt. Zahlreiche Beispiele bürgerlicher Energieprojekte verdeutlichen: Entscheiden Menschen vor Ort über Solar- und Windkraftanlagen, informieren und diskutieren sie darüber, wächst ihre Zustimmung. Im Gegensatz dazu treffen bei gigantischen Gas- und Kohlekraftwerken allein Großkonzerne sowie Landes- und Bundesregierungen die Entscheidungen. Der Abschied von Öl und Gas könnte also die Gesellschaft insgesamt positiv verändern.

Ein fortschrittliches Beispiel ist das fränkische Dorf Großbardorf. Noch in den Nullerjahren verließen die Leute die 1000-Seelen-Gemeinde, die Bevölkerung schrumpfte. Es sah nicht gut aus. Der Bürgermeister Josef Demar (CSU) hatte früh begriffen, dass erneuerbare Energien eine Chance für das etwas abgelegene Dorf nördlich von Schweinfurt wären. Er begann 2009, Energiegenossenschaften zu gründen. Nur Dorfbewohner konnten Mitglieder werden. Schon ab 2000 Euro war man dabei. Gut angelegtes Geld, wie sich zeigte: Heute gibt es Solarparks auf angrenzenden Feldern, vier Windkraftanlagen und eine zentrale Biogasanlage. Letztere ersetzt nicht nur 400 000 Liter Heizöl jährlich, sondern versorgt über ein eigens verlegtes Nahwärmenetz das gesamte Dorf mit Wärme. Alte Ölheizungen und Schornsteine gehören der Vergangenheit an.

Die Genossenschaften sorgen dafür, dass die Gewinne direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern landen: Je nach Anteilshöhe bekommen sie einmal im Jahr zwischen 500 und 4000 Euro überwiesen, über die Jahre ein Vielfaches ihrer Einlage, denn Großbardorf produziert deutlich mehr Energie, als es selbst verbraucht. Die Überschüsse fließen ins öffentliche Stromnetz, die Erlöse gehen zurück zu den Men-

»Die Energiewende als Wohlstandsgarant und Wachstumsmotor – das ist in Großbardorf gelebte Praxis.«

schen in Großbardorf. Dass diese Art der Energieversorgung sie auch weniger anfällig für Sicherheitsrisiken macht, konnten sie während der Energiekrise 2022 erfahren: Damals blieben sie von Preisschocks verschont und hatten keine Angst vor kalten Wohnzimmern. Sie hatten ja ihre Biogasanlage. Auch das Dorf als Ganzes profitiert: Die Gewerbesteuerinnahmen stiegen auf sage und schreibe 700 000 Euro – eine Verzwanzigfachung innerhalb von nur 15 Jahren. Während umliegende Dörfer schrumpfen, wächst Großbardorf, auch neue Firmen siedeln sich an. Die Energiewende als Wohlstandsgarant und Wachstumsmotor – das ist in Großbardorf gelebte Praxis. Bleibt die große Frage: Warum macht Großbardorf nicht Schule? Warum kopieren nicht viele Gemeinden sein positives Beispiel?

Ein »grünes« Militär?

In den nächsten Jahren pumpt die deutsche Regierung im Zuge der Zeitenwende hunderte Mrd. Euro in die Bundeswehr. Ein Sondervermögen gibt es schon länger, nun hat die Nato im Juni 2025 zudem ein neues Gesamtziel beschlossen: Fünf Prozent des BIP sollen künftig in die Verteidigung fließen. Umgerechnet wären das bis zu 45 Prozent des Bundeshaushalts von 2024 – eine gewaltige Summe also, die größte Ausgabe, die je eine Regierung beschlossen hat. Das Geld soll nicht nur in Waffen, Helikopter oder Kampfflugzeuge gehen (3,5 Prozent), sondern auch in »verteidigungsrelevante Infrastruktur« (1,5 Prozent).

»Verteidigungsrelevante Infrastruktur«, das sind Brücken und Straßen. Es ist aber auch die Versorgung mit essenziellen Rohstoffen, beispielsweise Wasser oder Energie. Unsere Energieinfrastruktur ist extrem angreifbar – sowohl die zivile als auch die militärische. Öl und Gas erweisen sich als Gefahr für die »verteidigungsrelevante Infrastruktur«. Eine kleinteiligere, dezentrale Energieversorgung bietet weit weniger Angriffsfläche. Sie entlastet also die Verteidigungskräfte. Im Gegensatz zu drohenden Sabotageakten wie der Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline, vor denen immer mehr Fachleute warnen, gelten Windräder und Solarpanels auf Dächern sowie Windräder auf Feldern als deutlich sicherere Energiequellen. Mit den für Infrastrukturen geplanten 1,5 Prozent könnte die Regierung das anpacken. Würde ein Teil der neuen Verteidigungsausgaben in nachhaltige Projekte fließen, dann ließen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das Militär als Öko-Innovator? Klingt schräg – und bei näherer Betrachtung bleibt es das auch. Allerdings kann man bei dem Milliardenregen hoffen, dass neue Technologien entwickelt werden, um Standorte energieautark und das Energiesystem widerstandsfähiger zu machen. Das würde dem Militär ebenso nutzen wie der Gesellschaft.

Ein Teil der Militärtechnik wird jedoch selbst beim größten Innovationswillen bis auf Weiteres auf Öl angewiesen sein, etwa Panzer und Flugzeuge. Um diese auf grüne Alternativen umzustellen, bräuchte man bisher noch sehr teure synthetische Biokraftstoffe. Die europäischen Armeen werden in näherer Zukunft nicht autark funktionieren. Trotzdem sollte die Bundeswehr versuchen, soweit es geht, unabhängig zu

»Unsere Energieinfrastruktur ist extrem angreifbar – sowohl die zivile als auch die militärische.«

funktionieren. Sie könnte viele Dächer von Bundeswehrgebäuden mit Solaranlagen ausstatten und diese mit Speichersystemen koppeln. Allein mit Photovoltaik könnten laut Bundesverteidigungsministerium rund zwei Gigawatt Leistung installiert werden – das entspricht ungefähr zwei Kohlekraftwerken. Auch Windräder könnten installiert werden, Geothermie oder Wärmepumpen für die Heizungen. Stützpunkte könnten im zweiten Schritt zum Labor für energieautonome Versorgung werden, die weder auf das zentrale Stromsystem angewiesen sind noch auf Dieselgeneratoren.

Mit den Milliarden der Militärforschung könnten solche Autonomiekonzepte marktfähig werden und dabei auch der deutschen Industrie einen Schub geben. Der Bedarf für solche funktionierenden, komplett unabhängigen Energiesysteme kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Nicht nur in Krisen oder Konfliktgebieten wären sie wertvoll, sondern auch für abgelegene Regionen in europäischen Ländern oder im Globalen Süden. So könnte aus dem militärischen ein ziviler Nutzen entstehen. Wenn die Armee mit Milliarden aufrüstet, sollte sie jeden Euro in Unabhängigkeit investieren. Denn alles, was bis in die 2040er-Jahre noch Diesel oder Gas braucht, gilt als Risiko. Auch deshalb, weil Deutschland in zwanzig Jahren kaum noch Öldepsots, Tankstellen oder Gaspipelines haben dürfte. Schließlich will die Gesellschaft bis 2045 klimaneutral sein. Eine fossile Bundeswehr würde in einer nichtfossilen Gesellschaft massiv an Funktionalität verlieren.

Europa muss eine eigene Solarindustrie aufbauen

Abhängigkeiten bestehen nicht nur bei Öl und Gas. Seltene Erden und Metalle wie Kupfer oder Lithium sind in Deutschland und der EU kaum vorhanden oder nicht ausreichend verfügbar. Doch für Solarmodule, den Netzausbau und Lithiumbatterien sind sie unverzichtbar. Europa hat in den letzten 30 Jahren sträflich zugesehen, wie fast die gesamte Technologie der Erneuerbaren nach Asien, vor allem nach China, abwanderte.

Dort produzieren chinesische Hersteller extrem günstig. Europäische Firmen melden deshalb seit Jahren reihenweise Insolvenz an. Wir hatten diese Industrie mal, mit tausenden Arbeitsplätzen. Heute stammen über 90 Prozent der Solarmodule aus China, europäische Anbieter können nicht mehr mithalten. Selbst die meisten Teile für Windräder kommen mittlerweile überwiegend aus dem Reich der Mitte. Das nehmen Energiewende-Gegner gern als Totschlagargument: Mit Erneuerbaren seien die Europäer ja genauso abhängig. Also könnten wir gleich bei Öl, Gas und Kohle bleiben. Ein verhängnisvoller Irrtum. Die Gefahr dieser Erzählung, die Rechts-extreme, rückwärtsgewandte Konservative und die gierige fossile Lobby verbreiten, lässt sich kaum überschätzen. Ja, auch Erneuerbare bergen Abhängigkeitsrisiken. Auch die Klimabewegung hat diese Risiken bislang kaum thematisiert. Es geht um nichts weniger als das Überleben der europäischen Energiewende – und damit um ihre mögliche Zerstörung. Gerade deshalb müssen wir die Abhängigkeit von China bei Erneuerbaren ernst nehmen: weder ignorieren (wie die Klimabewegung) noch als Vorwand für fossile Energien missbrauchen (wie die Rechte).

Aber der Reihe nach: Zwischen der Abhängigkeit von Erneuerbaren und Fossilen besteht ein entscheidender Unterschied. Er besteht darin, ob ein Land bei der Technik oder der Energiequelle selbst von anderen Staaten abhängig ist. Gaskraftwerke, Autos sowie Öl- und Gasheizungen brauchen ständig Nachschub an Brennstoffen –

ohne diesen bleibt die Technik nutzlos. Die Energiequelle selbst muss also dauerhaft importiert werden, solange das Auto fährt oder das Gaskraftwerk läuft. Diese Abhängigkeit endet nie.

Ein Solarmodul nutzt die Sonne als Energiequelle - kostenlos und unerschöpflich, Importe entfallen. Weder LNG-Schiffe noch Terminals, weder Öltanker noch ein aufwendig verlegtes Netz aus Öl- und Gasleitungen unter Straßen, Feldern und Gehwegen sind nötig. Die Abhängigkeit ist einmalig statt immerwährend. Die Herausforderung liegt hier in der Hardware und ihren Ersatzteilen. »Das eine ist ein Investitionsgut, das andere ein Verbrauchsgut«, erklären Forscher wie Andreas Bett, Direktor des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE. Dieser Unterschied mache die Energiewende trotz der aktuellen Abhängigkeit von chinesischen Solarmodulen strategisch sinnvoller. Dennoch sollten die Europäer die Hardware-Abhängigkeit bei den Erneuerbaren mindestens genauso ernst nehmen. Entscheidend seien dabei die Rohstoffe und die Frage, wer die Produktion kontrolliert. Beispiel Solarenergie: Für Standard- oder Dünnschichtmodule braucht man Silizium, Silber, Kupfer, Aluminium, Zinn und weitere Halb- und Schwermetalle.

Chinas Vormachtstellung auf dem Solarmarkt ist Fluch und Segen zugleich. Ein Segen, weil das Land mit seinen billigen Exporten, oft unter den Herstellungskosten, die europäische Energiewende antreibt. Ein Fluch, weil Chinas gezielte Expansion in der Produktion von Photovoltaikmodulen die europäische Solarindustrie zerstört. Ist die Konkurrenz durch diese Kampfpfeile verdrängt, könnten die Preise wieder steigen, warnt Experte Bett. »Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, droht langfristig Erpressung, falls China die Preise anzieht oder Exportzölle verhängt«, sagt der Forscher. »Wir hätten dann keine Alternativen, da fast 100 Prozent der Hardware aus China kämen. Bei Öl und Gas kann man immerhin noch diversifizieren, auch wenn es teuer und riskant bleibt.« So konnte Deutschland nach dem Einmarsch von Russland in die Ukraine seine Gasversorgung umstellen, denn auch andere Länder haben Gasfelder, etwa die USA. Ein Tausch, der sich nun rächt - aber bei fossilen Rohstoffen kaum vermeidbar ist: Wir werden sie für immer im Welthandel einkaufen müssen.

Anders sieht es bei den Erneuerbaren aus. Hier sind Abhängigkeiten kein Naturgesetz. Produktion, Lieferketten und Know-how für Solarmodule lassen sich wieder nach Europa holen. Deshalb geht es in den nächsten Jahren nicht nur darum, fossile Brennstoffe abzuschaffen und ihre Abhängigkeiten zu beenden. Genauso wichtig ist es, Deutschland und die EU erneut zum führenden Technologiestandort für Erneuerbare zu machen. In den letzten zehn Jahren drängten chinesische Anbieter hunderte europäische Solarhersteller in die Pleite. Allein in Deutschland fielen mindestens 80 000 Arbeitsplätze weg - ein Vielfaches der Beschäftigten im Kohlebergbau. Letzterer wurde großzügig entschädigt, die Solarindustrie ließ man hingegen ungerührt sterben. Milliarden wurden also in den Sand gesetzt. Nun müssen noch einmal Milliarden her, um eine europäische Energieindustrie neu aufzubauen. Laut Forscher Bett sei eine Vollversorgung mit europäischen Solarmodulen vorerst illusorisch. Es reiche jedoch, wenn man

»Zwischen der Abhängigkeit von Erneuerbaren und Fossilen besteht ein entscheidender Unterschied.«

mindestens 40 Prozent der in Europa installierten Paneele selbst herstelle, um China nicht komplett ausgeliefert zu sein.

Die EU-Kommission hat das zumindest erkannt und will mit ihrem Net Zero Industry Act gegensteuern – eine Art Antwort auf den US-amerikanischen Innovationsbooster IRA, den Trump zum großen Teil wieder abgewickelt hat. Darin festgelegt ist auch, dass bis 2030 40 Prozent des jährlichen Bedarfs an Erneuerbaren aus EU-Produktion kommen muss. Die Idee der EU-Verordnung: Subventionen und ein sogenannter Resilienzbonus sollen helfen, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Bei der Beschaffung von Solar-, Wind-, Batterie- oder Wasserstofftechnik erhalten Anbieter einen »Bonus«, wenn sie zur Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit Europas beitragen. Sie müssen dann nachweisen, dass ihre Produkte in Europa hergestellt werden. Das umzusetzen ist komplex. Sinnvoll wäre ein europaweit einheitlicher Bonus. Wenn alle Länder die Verordnung anders umsetzen, einige zögern oder andere es nie machen, kann der Bonus kaum die nötige Kraft entfalten, eine europäische Solarindustrie aufzubauen.

»Es bleibt keine Zeit
mehr für ideologische
Rückwärtsgewandtheit.«

Deutschland umgeht die EU-Regeln zur Förderung der Solarindustrie

Die EU-Verordnung ist bereits seit 2024 in Kraft, wird aber in Deutschland erst seit Herbst 2025 umgesetzt. Wie genau, ist noch immer unklar, schließlich ist die neue Regierung alles andere als von der Energiewende begeistert. Dass sich etwa Wirtschaftsministerin Katherina Reiche zur Retterin der Solarindustrie aufschwingt, hat sich, wie erwartet, als Illusion erwiesen. Schließlich trug ihr Parteikollege Peter Altmaier 2012 und 2013 als Wirtschaftsminister dazu bei, die deutsche Solarbranche zu ruinieren.

Erste Hinweise deuten darauf hin, dass Reiche und ihr Ministerium bereits beschlossene EU-Regeln wie den Net Zero Industry Act umgehen könnten. Im August erklärten Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums, das 40-Prozent-Ziel sei »nicht begründet«. In einem Gutachten schreiben sie, »eine bedrohliche Abhängigkeit von China ist allerdings nicht gegeben«, daher seien »industriepolitische Eingriffe« überflüssig, zumal man auf andere »Herkunftsländer ausweichen« könne. »Das ist definitiv falsch, weil China den Markt als Monopolist beherrscht«, widerspricht der Forscher Bett. Ex-Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wollte solch einen Resilienzbonus übrigens bereits 2024 für die Solarindustrie einführen, scheiterte aber am Koalitionspartner FDP. Eine verpasste Gelegenheit mit weitreichenden Folgen für Deutschland und Europa, die uns bald wirtschaftlich treffen könnten.

Denn es bleibt keine Zeit mehr für ideologische Rückwärtsgewandtheit. Der Aufbau einer eigenständigen Produktionskette könnte drei bis vier Jahre dauern – ein Wettlauf gegen die Zeit. Forscher Bett warnt vor dem Taiwan-Moment: Wenn China die von ihm beanspruchte Insel angreift, wird die EU reagieren müssen. Die Abhängigkeit legt uns aber Fesseln an: Entweder sanktionieren Brüssel und Berlin dann einen solchen Überfall oder sie müssen hilflos mit anschauen, wie ein weiteres Land Autokraten anheimfällt. Möglich ist, dass China seine marktbeherrschende Stellung auch in anderen Situationen künftig als Erpressung einsetzt. Derzeit hängen die Euro-

päer bei Erneuerbaren, Batterien und anderen Gütern so stark von Peking ab, dass ein diplomatischer Bruch ein wirtschaftliches Fiasko auslösen könnte. Wie bei Russlands Gas sind wir erpressbar – nur in weit mehr Bereichen, etwa bei Medikamenten, Maschinenteilen oder Alltagswaren. »Geopolitische Munition« nennt die »Süddeutsche Zeitung« die chinesische Vormachtstellung. Das gesamte System stütze diese: Exportlizenzen würden zentral vergeben, Lieferungen dosiert. »Wer in China einkauft, kann von einem Tag auf den anderen gesperrt werden.« Experten erwarten eine Eskalation im Taiwan-Konflikt gegen Ende der 2020er-Jahre, vielleicht schon ab 2027. Dauert es hierzulande tatsächlich drei bis vier Jahre, die Solarindustrie neu aufzubauen, müssten die Regierungen sofort handeln. Denn anfangs wären sie noch auf chinesische Lieferungen angewiesen – allein könnte die Branche derzeit kaum überleben.

Schafft die EU es nicht, in den kommenden Jahren eine eigene Solar- und Windkraftindustrie aufzubauen, könnte das umgekehrt auch das vorläufige Ende der Energiewende bedeuten. Denn nicht nur Solarmodule, sondern auch Komponenten für die Windkraftanlagen, Batterietechnik und Elektrolyse für die Wasserstoffherstellung kommen aus China. Ein Taiwankrieg, vielleicht gar unter Beteiligung der Nato, könnte dazu führen, dass all das nicht mehr lieferbar ist – und somit eine perfekte Ausrede für die fossile Lobby, weiter auf Öl und Gas zu setzen. Und selbst wenn die EU die Taiwanesen im Stich ließe, könnte China auch danach weiter ungestört auf Expansionskurs gehen.

»Sollte der Taiwan-Konflikt als Vorwand dienen, die Energiewende zu stoppen, wäre das fatal.«

Sich von einem autokratischen Land abhängig zu machen, ist immer gefährlich. Sollte der Taiwan-Konflikt als Vorwand dienen, die Energiewende zu stoppen, wäre das fatal – für den Klimaschutz, die Wirtschaft und die Sicherheit. Europa müsste jahrelang mit veralteter Technik arbeiten und der Zugang zu innovativen Märkten bliebe versperrt. Selbst wenn es nicht dazu kommt, könnten die Chinesen ihre Monopolstellung irgendwann nutzen und höhere Preise abrufen. Europa hätte auch dann kaum eine Chance, sich dagegen zu wehren. Die Spirale der Erpressbarkeit ließe sich auf absehbare Zeit nicht durchbrechen. »Es ist daher entscheidend, genug technologisches Know-how aufzubauen, um auf ein solches Szenario vorbereitet zu sein«, sagt Forscher Bett. Andere Experten fordern zumindest eine strategische Unabhängigkeit von China, etwa bei kritischen Bauteilen. Alle sind sich einig: Deutschland und die EU müssen sofort handeln. Versäumt es die Merz-Regierung, die deutsche Solar- und Windkraftindustrie wieder aufzubauen, bedroht sie die Souveränität Deutschlands und Europas.

Es gibt weitere Lösungen, um die EU unabhängiger zu machen. Nicht nur neue Produkte, auch Recycling muss zum Standard werden. In jedem E-Auto und Solarmodul stecken wertvolle Rohstoffe, die Europa fehlen. Deshalb müssen wir sie sorgfältig nutzen, aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen. Die EU hat hier bereits begonnen: Bis 2030 soll der Anteil wiederverwendeter Materialien auf 24 Prozent steigen. Zudem regelt eine Verordnung für kritische Rohstoffe, wie sich einseitige Abhängigkeiten von wenigen Staaten vermeiden lassen.

Es gibt einen dritten Weg, der uns befreien könnte: weniger verbrauchen. Deutschland könnte sparsamer leben, Überkonsum vermeiden, auf eiskalte Super-

märkte im Sommer und überheizte Wohnzimmer im Winter verzichten. Alle diskutieren, wie wir Energie gewinnen – kaum jemand, wie wir weniger davon nutzen könnten. Dabei gibt es keinen schnelleren Weg zur Unabhängigkeit, als den Verbrauch zu senken. Doch auch hier handeln wir falsch: 2024 stieg der Endenergieverbrauch sogar wieder leicht an.

Das große Tabu: Energie einsparen

Suffizienz – bewusst Energie zu sparen: das ist ein Tabu. Nur einmal war sie ein Thema: als Putin die Gaslieferungen stoppte. Im Sommer 2022 beschlossen die EU-Staaten, den Erdgasverbrauch bis März 2023 freiwillig um 15 Prozent gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu senken – beide Einsparziele wurden erreicht. Einfach, indem die Bürgerinnen und Bürger weniger heizten und Industrien sparsamer mit der Ressource umgingen. Die Frage bleibt: Warum haben wir diese Energie nicht schon früher eingespart? Und warum spielt Energiesparen ein Jahr später wieder keine Rolle mehr?

Besonders in Deutschland ist diese naheliegende Lösung tabuisiert. »Die deutsche Politik traut sich nicht, über Suffizienz zu sprechen«, heißt es in einem Diskussionspapier des Deutsch-Französischen Zukunftswerks. Im Nachbarland Frankreich hingegen sei dies längst Alltag. Der inzwischen verstorbene Philosoph und Bauer Pierre Rabhi hat dazu sogar einen Bestseller geschrieben mit dem Titel »La sobriété heureuse« – »Die glückliche Genügsamkeit«.

Wir plädieren nicht für ein karges Leben – schon gar nicht, da Energiearmut inzwischen viele Millionen Menschen in Deutschland und Europa belastet. Eine warme Wohnung, gutes Essen, Fortbewegungsmittel sollten jedem Bürger, jeder Bürgerin zur Verfügung stehen. Doch unsere Konsum- und Lebensgewohnheiten sind ganz offensichtlich zu überdenken. Denn wir verbrauchen deutlich mehr Ressourcen, als der Planet hergeben kann, und leben trotzdem nicht in einer idealen Gesellschaft. Zu einem genügsameren Leben sind viele bereit – wenn sie nicht allein damit sind. Der Politikwissenschaftler und Suffizienz-Forscher Jochen Dallmer drückt es so aus: Eine Gesellschaft muss nicht reich sein, aber teilen wollen. Sonst entsteht Frust. Selbst mit geringerem Konsum sind Menschen glücklich – wenn sie nicht gleichzeitig ständig mit verschwenderischem Konsum anderer konfrontiert sind.

Eines ist klar: Eine kluge und vorausschauende Sicherheitspolitik bedeutet autarke Energieversorgung. Und die ist in Europa zu großen Teilen möglich. Sie brächte Sicherheit, Innovation und gerechtere Gesellschaften. Das ist doch eine schöne Vision für den guten alten Kontinent. ◻